

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Schulausschuss	28.11.2019	öffentlich	Bericht
Jugendhilfeausschuss	28.11.2019	öffentlich	Bericht

Betreff:

Kooperation Polizei - Jugendhilfe - Schule (PJS)

Bericht:

Die Kooperation Polizei-Jugendhilfe-Schule (PJS) kann zwischenzeitlich auf über 20 Jahre erfolgreiche Zusammenarbeit zum Wohle der Kinder, Jugendlichen und Familien in der Stadt Nürnberg zurückblicken.

Seit Beendigung der Modellphase 2003 sind bei allen Dienststellen Beauftragte für die Kooperation benannt, welche die Kooperation steuern sowie Kooperationsmaßnahmen und Verfahrensabsprachen weiterentwickeln und verstetigen. Durch verlässliche Strukturen profitieren sowohl die Zielgruppen - Kinder, Jugendliche und Familien – als auch die beteiligten Berufsgruppen. PJS ist damit ein fester und verlässlicher Teil in der Jugendhilfe- und Schullandschaft.

Der vorliegende Bericht stellt die Kooperation PJS mit seinen Angeboten dar.

Bezug zum Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik:

Leitlinie 1: Familie stärken, Erziehung unterstützen

Leitlinie 3: Rechte von Kindern und Jugendlichen durchsetzen

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

<u>Gesamtkosten</u>	€	<u>Folgekosten</u>	€ pro Jahr
		<input type="checkbox"/> dauerhaft	<input type="checkbox"/> nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
 (mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt,
 ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)
 Ja
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

PJS berücksichtigt die unterschiedlichen Lebenslagen, Geschlechter und Herkunftsländer der Kinder, Jugendlichen und Familien

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
- Polizei**
- Staatliches Schulamt**
-

